

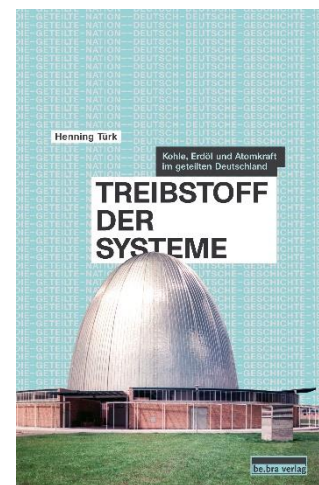


Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2022

Henning Türk: Treibstoff der Systeme. Kohle, Erdöl und Atomkraft im geteilten Deutschland.

Berlin: be.bra verlag, 2021 (= Die geteilte Nation. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1990, Band 3), 200 S., 22 Abb., ISBN: 978-3-89809-197-8

Auch über dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung und den damit einsetzenden Forschungen zur DDR- und zur deutsch-deutschen Geschichte gibt es noch gravierende Lücken. Dazu gehörte eine Untersuchung der Energieversorgung und -politik in den beiden Staaten in Deutschland 1949 bis 1990. Diesem Thema hat sich nun Henning Türk angenommen, der derzeit in einem DFG-Projekt zur energiepolitischen Zusammenarbeit der westlichen Staaten nach der ersten Ölkrise 1973 arbeitet. Vor dem Hintergrund des im Februar 2022 begonnenen Überfalls Russlands auf die Ukraine und dessen energiepolitischen Folgen hätte der Band kaum zu einem spannenderen Zeitpunkt erscheinen können. Schließlich bewahrt das Wissen über die Geschichte der Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vor allzu kurzschlüssigen Deutungen und tagespolitisch motivierten Schuldzuweisungen ohne längerfristige historische Perspektive.



In den beiden Eingangskapiteln untersucht der Autor zunächst die energiepolitischen Ausgangsbedingungen in Deutschland während der NS-Zeit und unter den Besatzungsmächten. Spätestens seit Gründung der Weimarer Republik hatte sich gezeigt, dass die großen Kohlevorkommen allein nicht mehr ausreichend sein würden, da zunächst zunehmend rüstungs- und kriegswichtige flüssige Brennstoffe benötigt wurden, deren synthetische Herstellung jedoch kompliziert und aufwändig war, ein Problem, das auch während des Zweiten Weltkriegs nicht gelöst werden konnte.

In der Besatzungszeit griffen die Westmächte ganz anders in die Struktur der Kohleindustrie ein als die UdSSR. Während in der Sowjetischen Besatzungszone schon früh Verstaatlichungen einsetzten, vertagten die Westmächte die Entscheidung über entsprechende Schritte, die vor allem von der britischen Labour-Regierung Clement Attlee betrieben wurden, auf Drängen der USA auf die Zeit nach der Bildung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung – ein Spiel auf Zeit, mit dem die US-Regierung Erfolg hatte. Unabhängig von den Strukturfragen spielte Kohle eine zentrale Rolle während des Wiederaufbaus in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Nach 1949 wurde Erdöl immer mehr zum primären Energieträger in beiden deutschen Staaten. Während die Bundesrepublik Deutschland sich auf dem weitgehend von US-Unternehmen kontrollierten Weltmarkt versorgte, bezog die DDR ihr Öl aus der UdSSR, bis 1955 über einen Umweg durch Österreich, danach direkt aus der Sowjetunion, u.a. über die Pipeline „Drushba“. Das Drängen seitens der DDR auf Liefererhöhungen wurde zum Dauerthema, bei dem die DDR-Führung regelmäßig damit argumentierte, nur mit mehr Öl in der Systemkonkurrenz zur Bundesrepublik Deutschland bestehen zu können. Für die DDR war dies besonders lukrativ, denn sie kaufte

Rohöl zum Preis des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) unter Weltmarktniveau ein und verkaufte die Produkte zum Weltmarktpreis mit besonders hoher Gewinnspanne. Ökonomische Probleme mit langfristigen Folgen bekam die DDR, als Moskau ab 1975 eine immer kurzfristigere Anpassung der RGW-Preisstruktur an den Weltmarkt durchsetzte. Prompt kehrte die DDR wieder zur verstärkten (Braun-)Kohlenutzung zurück, allerdings verdoppelte sich der Preis für die Förderung einer Tonne Braunkohle in den 80er Jahren nahezu.

Aus heutiger Sicht überraschend, spielt das Thema Gas in dem Band nur eine geringe Rolle, obwohl der Einstieg in massive Gasimporte für die Bundesrepublik Deutschland aus Russland als Reaktion auf die Ölkrise 1973 in die 1970er Jahre fällt. Die so genannten Erdgas-Röhren-Geschäfte liefen trotz des zweiten Kalten Kriegs – nach NATO-Doppelbeschluss, sowjetischem Einmarsch in Afghanistan und anschließendem Olympia-Boycott etc. – im Prinzip ungestört weiter. Das Auswärtige Amt (!) hielt 1981 einen sowjetischen Anteil am Gasimport von 30 Prozent für unbedenklich. Heute erkennt man, dass das wohl mehr als nur der Beginn der schiefen Ebene war, auf der man die Abhängigkeit vom OPEC-Öl nicht durch breitere Streuung ablöste, sondern lediglich durch die zu enge Bindung an russisches Gas ersetzte. Diese Politik unterschied sich deutlich von der Haltung Anfang der 1960er Jahre, als die Union aus bündnispolitischen Gründen den Röhren-Unternehmen, v.a. Mannesmann und Hoesch, mit der Zustimmung zu einem Röhren-Embargo hohe Verluste zumutete.

Beide deutsche Staaten setzten ab den späten 1950er Jahren zunächst auf Atomenergie. Nahezu zeitgleich – auch hier fand die Systemkonkurrenz in Form eines Wettrennens statt – nahmen sie Ende 1957 die ersten Forschungsreaktoren in Betrieb. Ein gescheitertes Kapitel innerdeutscher Energiepolitik spielt in dem Band keine Rolle, nämlich die Pläne für ein bundesdeutsches Atomkraftwerk in der DDR, das vor allem durch langfristige Stromlieferungen nach Berlin (West) zu bezahlen gewesen wäre. Dieses Projekt zeigt, für wie stabil man die Entspannungspolitik Mitte der 1970er Jahre hielt. Immerhin war die sozialliberale Regierung grundsätzlich bereit, die Stromversorgung von Berlin (West) zu einem erheblichen Maß von der DDR abhängig zu machen. Spätestens nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl liefen die atompolitischen Wege nicht mehr parallel. Intensive Berichterstattung und eine zunehmend kritische Sicht auf die Atomenergie im Westen standen einer sehr spärlichen Informationspolitik und einem unbeirrten Festhalten am Atomstrom seitens der DDR-Führung im Osten entgegen. Ein Nebenaspekt: Eigentlich für den westlichen Markt produzierte Lebensmittel fanden jetzt keine Abnehmer mehr und füllten überraschend die Regale in DDR-Lebensmittelläden. Ein Teil der DDR-Bürger ließ aber, ähnlich wie viele Bundesbürger, die Finger davon.

Große Teile der Untersuchung zeigen die parallele, aber letztlich unverknüpfte Geschichte der Energiegewinnung in West und Ost. Das ist nachvollziehbar, denn es gab letztlich nur ein großes gemeinsames Projekt: den Braunkohleabbau bei Helmstedt-Harbke. Bereits seit den 1870er Jahren wurde dort Braunkohle gefördert und zur Energiegewinnung eingesetzt. Der bereits unter den Besatzungsmächten Großbritannien und UdSSR fortgesetzte Abbau wurde erst Ende Mai 1952 von der DDR abrupt unterbrochen. Die offenbar guten Fluchtmöglichkeiten spielten bei der Entscheidung womöglich eine Rolle, der Zeitpunkt unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) deutet aber darauf hin, dass letztlich die West-Ost-Beziehungen im Kalten Krieg ausschlaggebend waren, an dessen Grenzlinie an vielen Stellen traditionelle Wirtschaftsverbindungen gekappt wurden. Erst in der Folge des Grundlagenvertrages von 1973 kam es zu innerdeutschen Verhandlungen über die beiderseitige Wiederinbetriebnahme, die Ende 1976 beginnen konnte. Vorher musste die DDR aber ihre Grenzbefestigungen abbauen und 16.000 Minen räumen. Erst danach konnte für zehn Jahre, bis zur Erschöpfung der Vorräte, Kohle abgebaut werden.

Durchweg bezieht Türk die gesellschaftliche Stimmung zu Fragen der Energiepolitik mit ein; besonders deutlich wird das im Bereich Atomenergie, wo es zunächst eine große Euphorie in Ost

und West gab, die aber spätestens mit dem Tschernobyl-GAU endete. Aber auch die Umweltfolgen des Kohleabbaus werden berücksichtigt. Hier liegt eine sehr kompakte, gut lesbare Studie zu einem – im Vergleich zu klassischeren Themen – leider weniger bekannten Politikfeld vor.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net